



WIESBADEN



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 27.04.2012

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

**ACHTUNG:
GEÄNDERTER SITZUNGSORT!!**

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Mittwoch, 02. Mai 2012, um 17:00 Uhr,
Griechische Gemeinde des Heiligen Georgius,
Rheingaustraße 170 (Eingang Lutherstraße 5, 65203 Wiesbaden)

1. 11-S-00-0016
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 11-S-00-0017
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 11-S-00-0018
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

4. 11-S-00-0019

Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers

5. 11-S-00-0020

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern

6. Genehmigung der Niederschrift

NEUE ANTRÄGE

7. 12-F-33-0046

Informationsstände islamischer Gemeinden und Interessenverbände
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 23.04.2012 -

Das Verteilen von Koranausgaben in deutschen Großstädten durch die als radikal geltende Glaubensgemeinschaft der Salafisten hat in den vergangenen Wochen ein großes Medienecho ausgelöst. Auch für Wiesbaden sind angeblich entsprechende Aktionen geplant.

Der Ausschuss möge beschließen

Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wie viele Anmeldungen für Informationsstände islamischer Gemeinden gehen pro Jahr bei der Landeshauptstadt Wiesbaden ein? Wie viele dieser Anträge werden abgelehnt?
- Wird von Seiten der Stadt kontrolliert, welche Publikationen dabei verteilt werden?
- Gibt es Stände von Interessenverbänden, die nicht in Wiesbaden heimisch sind?
- Haben Salafisten für die Zukunft bereits Informationsstände angemeldet?

8. 12-F-03-0068

Salafisten in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.04.2012 -

Der Presse der letzten Wochen war zu entnehmen, dass eine salafistische Gruppe geplant hatte, in Wiesbaden kostenlose Exemplare des Korans zu verteilen. Diese Verteilung fand nicht statt. Die Grünen zeigen sich durch die radikalen Ansichten der Salafisten alarmiert. Die salafistische Haltung gegenüber Frauen, aber auch bspw. Homosexuellen wird seitens der Grünen als stark diskriminierend empfunden, ebenso ist eine Nähe zum Extremismus zu befürchten.

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 02. Mai 2012

Die Grünen fragen daher, welche Möglichkeiten der Stadt gegeben sind, um der Verbreitung der diskriminierenden Botschaften der Salafisten entgegenzutreten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

- 1) War oder ist eine solche Verteilaktion melde- und/oder genehmigungspflichtig? Ist diese durch eine salafistische Gruppe angemeldet worden und wenn ja, für wann?
- 2) Falls diese Aktion meldepflichtig war, wer hat diese Aktion angemeldet?
- 3) Falls diese Aktion genehmigungspflichtig war, wurde sie genehmigt? Wenn nein, auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte die Ablehnung?

9. 12-F-08-0052

Magistrat vor Ort
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.04.2012 -

Für die Bürgerinnen und Bürger ist es enorm wichtig, dass die Stadt und Ihre Gremien ansprechbar sind und sich um die Lebenssituation ihrer Bürger_innen kümmern. Besonders der Magistrat als eines der wichtigsten Organe der Stadtverwaltung sollte sich diesem Anspruch, ein offenes Ohr für die Menschen zu haben, nicht entziehen.

Bereits in früheren Jahren tagte der Magistrat nahe bei den Menschen in den Stadtteilen und führte danach eine Bürgerfragestunde durch. Diese Art der Beteiligung trägt nicht nur dazu bei, dass die Menschen sich und ihre Belange ernst genommen fühlen, sondern stärkt auch die Ortsbeiräte: Diese bekommen dadurch wiederum mehr Aufmerksamkeit und Zuspruch durch interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Sitzungsreihen „Magistrat vor Ort“ wiederzubeleben.

10. 12-F-08-0039

Bestattung von Obdachlosen
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 18.4.2012 -

„Eine Gesellschaft wird danach beurteilt, wie sie mit ihren Toten umgeht“ (Perikles).

Der Wiesbadener Tagespresse vom 19.03. war zu entnehmen, dass in Wiesbaden verstorbene Obdachlose ohne Angehörige aus Kostengründen (!) im Bayrischen Wald bestattet werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, diese inhumane Praxis umgehend einzustellen und zukünftig eine menschenwürdige Bestattung in Wiesbaden zu ermöglichen.

ÜBERWEISUNGSBESCHLÜSSE DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

11. 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

ANLAGE

12. 12-F-08-0035

Informationsfreiheitssatzung für Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 05.03.2012 -

ANLAGE

BERICHT UND NEUE SITZUNGSVORLAGEN

13. 12-F-08-0008

Kameras in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 18.01.2012 -

ANLAGE

14. 12-V-07-0005

DL 11/12-3

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Aufgaben des Dezernates VII im Haushalt 2012

15. 12-V-30-0004

DL 14/12-3

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IV (Wiesbaden-Dotzheim/Frauenstein)

16. Bericht der Dezernentin

17. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher